

## Das Stipendienwesen ist ein Auslaufmodell

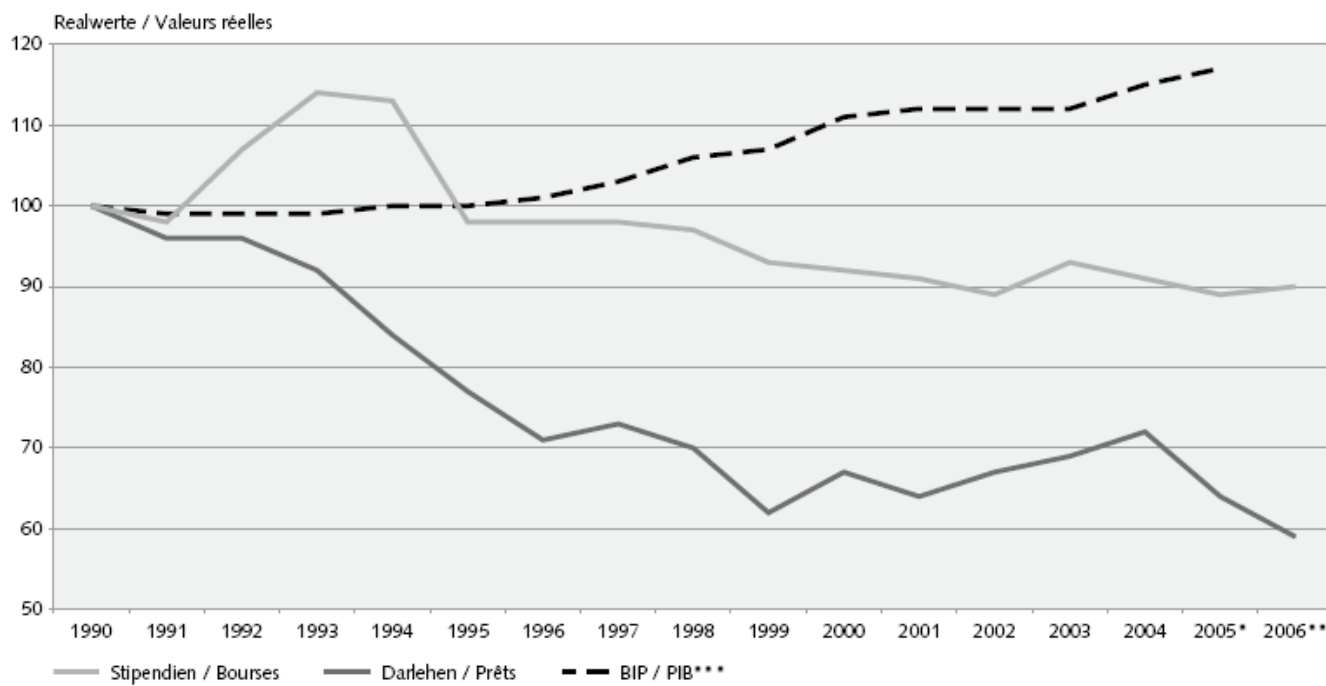
### JCVPO für Abschaffung eines fragwürdigen und ungerechten Systems

Der Kanton Wallis gewährt an die durch die Vorbereitung zur Ausbildung, die Ausbildung selber und die Weiterbildung verursachten Kosten Beiträge. Diese können in Form von Stipendien oder Ausbildungsdarlehen erteilt werden. Der Unterschied liegt darin, dass Stipendien Beiträge à fonds perdu darstellen, das heisst, dass diese vom Empfänger nicht zurückbezahlt werden müssen. Es handelt sich um eine Subvention zugunsten der Studierenden. Ausbildungsdarlehen andererseits sind Beiträge, welche ohne finanzielle Sicherheit an Studierende gewährt werden und am Ende des Studiums grundsätzlich zurückbezahlt werden müssen. Zur Bestimmung der Beitragshöhe werden einerseits die finanziellen Verhältnisse des Studierenden und seiner Eltern überprüft und andererseits die Kosten für die Ausbildung mitberücksichtigt.

#### Grosse Gefahr von Ungerechtigkeiten

Die Annahme der Bildungsverfassung am 21. Mai 2006 und die steigenden Ausgaben im Bildungsbereich offenbaren den Handlungsbedarf besonders auch im Stipendienwesen. Verhältnismässig hohe Ausgaben für die Bildung sind nötig um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können und um Werk- und Wirtschaftsstandort attraktiv zu erhalten. Diese Ausgabenregelung müssen aber – wie übrigens jede Ausgabe des Staates – effizient und gerecht ausgestaltet sein.

Gesamtbetrag der kantonalen Stipendien und Darlehen, Indexierte Entwicklung (1990=100)  
Montant global des bourses et des prêts cantonaux, évolution indexée (1990=100)



\* Ohne Bildungsgutscheine des Kantons Genf Im Gesamtbetrag von 2'198'526 Fr. / Sans les chèques de formation du canton de Genève d'un montant global de 2'198'526 frs.  
\*\* Ohne Bildungsgutscheine des Kantons Genf Im Gesamtbetrag von 2'387'597 Fr. / Sans les chèques de formation du canton de Genève d'un montant global de 2'387'597 frs.  
\*\*\* Nicht verfügbar für 2006 im Augenblick der Drucklegung / Non disponible pour 2006 au moment de la mise sous presse

© Bundesamt für Statistik (BFS) / Office fédéral de la statistique (OFS)

Zwar hat der Grosse Rat und der Staatsrat die Kriterien zur Erteilung der Stipendien erteilt, doch ist gerade dort, wo Gelder à fonds perdu verteilt werden, die Gefahr von Ungerechtigkeiten gross. Bei der Vergabe von Stipendien werden oftmals diejenigen Leute bestraft, welche versuchen, keine Schulden zu machen und sparsam mit ihren Ressourcen umgehen. Die Sparer, Hauseigentümer etc. gucken in die Röhre, die wirklich Unterstützungsbedürftigen erhalten nichts.

#### Darlehen statt Stipendien

Die Junge CVPO hat schon vor 8 Jahren auf diesen Missstand hingewiesen und im letzten Wahlkampf das Problem aktiv zum Thema gemacht. Die Lösung wäre einfach: Die Stipendien gehören abgeschafft, dafür könnte die Erteilung von zinslosen Darlehen erleichtert werden. Die Vorteile eines solchen Systems wäre klar: Die meist nach dem Studium Besserverdienenden bezahlen das vom Gemeinwesen erhaltene Geld diesem zurück und die Nicht-

studierten müssten so das Studium des anderen nicht mehr quersubventionieren. De facto ist eine solche Lösung gerechter, weil jeder seine Ausbildung fast selber bezahlt. Zinslose Darlehen haben im Gegensatz zu Stipendien noch einen weiteren Vorteil. Sie regen den Studierenden dazu an, sein Studium möglichst schnell durchzuziehen. Die Schulgelder könnten durch die kürzere Studienzzeit noch effizienter in Ausbildungsangebote investiert werden.

Schlussendlich könnte die breitere Förderung auch denjenigen zugute kommen, welche heute aufgrund verschiedenster Gründe aus dem Stipendien- und Darlehenssystem rausfallen. Wenn die heutigen Staatsausgaben für das Stipendienwesen neu für die Vergabe von zinslosen Darlehen eingesetzt werden, können ohne zusätzliches Staatsausgaben massiv mehr Bürger von staatlicher Unterstützung für ihre Bildung profitieren. Bei einem zinslosen Darlehen trägt der

Staat nur die Zinskosten des Unterstützungsbeitrags, bei einem Stipendium den gesamten Betrag. Durch mehr Stipendien wird Bildung auf breiter Ebene gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft gestärkt.

#### Mehr Bildung heisst mehr Arbeitsplatzsicherheit

Die Bildung wird in den nächsten Jahren vom Bund und Kanton – richtigerweise – mehr Geld erhalten. Höhere Finanzen führen aber nicht automatisch auch zu besserer Bildung. Effizienter Einsatz von Steuergeldern trägt zur Glaubwürdigkeit des ganzen Bildungswesens bei. Die Forderung der JCVPO nach der Abschaffung des Stipendienwesens unter gleichzeitiger Ausweitung der zinslosen Darlehen trägt im Interesse unseres Kantons zu dieser Glaubwürdigkeit bei. Im internationalen Wettbewerb liegt die Stärke der Schweiz in einem sehr guten Ausbildungsniveau - von den Berufsläuten bis hin zu den Akademikern. In vielen Ländern finden heute Bildungsoffensiven statt. Die Schweiz und das Wallis dürfen hier nicht tatenlos zuschauen, und warten bis der Vorsprung geschmolzen ist. Ein gutes Bildungsniveau ist das wirksamste Mittel zur Steigerung der Arbeitsplatzsicherheit. Bildungsförderung durch ein erweitertes Darlehenswesen sichert Arbeitsplätze und führt zu keinen Mehrkosten für den Steuerzahler - wahrlich eine Zauberformel die angewandt werden muss!

## Weg mit den Stipendien!

JUSOO auf JCVPO-Kurs?



Kommentar von Ralf Imstpepf, JCVPO

Die Oberwalliser Jungsozialisten erheben in mit ihrem aktuellsten Vorstoss die Forderung den hochqualifizierten Wallisern, welche nach dem Studium ins Wallis zurückkehren, ihre zinslose Darlehen in nicht zurückzahlende Stipendien umzuwandeln. Dieser finanzielle Anreiz kann aber nur funktionieren, wenn während dem Studium nur noch zinslose Darlehen ausbezahlt werden. Weiter müssten auch alle Jugendlichen, welche sich weiterbilden, einen Anspruch auf zinslose Darlehen haben. Die JUSOO bestätigt mit ihrem Vorstoss - vermutlich unbewusst - die logische Forderung der JCVPO, das Stipendienwesen

abzuschaffen und im Gegenzug die kantonale Unterstützung durch zinslose Darlehen zu erleichtern. Dies macht Sinn, da so mit den gleichen Mitteln eine massiv höhere Wirkung und eine stärkere Förderung von Bildung erzielt werden kann.

Ob der Vorschlag der JUSOO jedoch auch anderen Gerechtigkeitsüberlegungen standhält, ist eine andere Frage. Denn diese finanzielle Zuwendung in der Höhe von mehreren (zehn) tausend Franken an die hochqualifizierten Rückkehrer wird aus dem Steuergeld derer Walliser bezahlt, welche bereits hier leben und arbeiten. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass Studienabgänger durchschnittlich mehr verdienen als Arbeiter und Angestellte, so ist klar, dass mit diesem Vorstoss eine Umverteilung von unten nach oben stattfinden würde! Dies kann nicht im Interesse unseres Kantons und eigentlich auch nicht der JUSOO sein. Also zusammengefasst: Weg mit dem ungerechten Stipendienwesen und keine unverhältnismässigen Geschenke an solche Leute, welche diese nicht nötig haben! Die JCVPO setzt sich für ein starkes Wallis ein - für Arbeiter, Angestellte und Akademiker!

## CVP für stabile Werte

Kommentar zum Positionspapier des Schweizerischen Lehrerverbandes

#### Grundwerte in der Verfassung

„Im Namen Gottes des Allmächtigen“ so lauten heute noch die Präambeln der Verfassungen des Bundes und des Kantons Wallis. Zusätzlich verweist die Bundesverfassung noch auf Werte wie Solidarität, Offenheit, gegenseitige Achtung, Toleranz, Rücksichtnahme und Verantwortungsbewusstsein.

#### Streichung des Religionsunterrichtes?

Vor allem der Hinweis auf Gott ist vielen Vertretern von links und rechts ein Dorn im Auge. So wurden in den letzten Jahren von der SPO Vorstösse zur Streichung des konfessionellen Religionsunterrichtes aus dem Stundenplan der Walliser Schulen gemacht. Als Ersatz war ein Ethikunterricht vorgesehen. Die gesättigte Wohlstandsgesellschaft hat das Religiöse aus der Öffentlichkeit verbannt und zu etwas Privatem degradiert. Selbst bei Kirchenangehörigen

schwindet das Interesse, die Religiosität zu leben. Die Zuwanderung von Ausländern verändert die Glaubenslandschaft.

#### Lehrerinnen und Lehrer für Grundwerte

Der Schweizerische Lehrerverband stellte sich daher kürzlich die Frage, ob man in der Schule Ostern feiern darf. Haben Kirchenfeste in den öffentlichen Schulen noch Platz? In einem Positionspapier bekennt sich der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer zu den „unverrückbaren Werten“ der abendländischen Kultur. Alle Lehrpersonen werden ermutigt, den „unverbrüchlichen Kern unserer Gesellschaft“ in der Schule hochzuhalten und zu vermitteln. Die konfessionelle Neutralität der Schule wird zwar anerkannt. Dies heisst jedoch nicht, dass die Einstellungen und Werte nicht vermittelt werden dürfen. Die Schule muss normativ wirken. Nach Ansicht des Dachverbandes der Lehrpersonen sind christli-

che Feste in der Schule legitim, solange sie die religiösen Gefühle von Kindern anderer Religionszugehörigkeit nicht verletzen. „Alle Kinder müssen wissen, in welcher Kultur sie leben“, begründet der Verbandspräsident W. Zemp diese Haltung. Für ein friedliches Zusammenleben ist eine Werteerziehung notwendig. Selbst im Kanton Zürich zeichnet sich eine Trendwende ab. Vom kommenden August an wird der Religionsunterricht in der Primarschule wieder eingeführt.

#### Postulat von NR Amherd

Im Dezember 2006 hat Nationalrätin Viola Amherd in einem Postulat die Stärkung des Menschen- und Grundrechtsbewusstseins gefordert. Alle Kinder ab Einschulungsalter sollten obligatorischen Menschen- und Grundrechtsunterricht in den Schulen, basierend auf Bundesverfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention erhalten. Zusätzlich beantragte sie

obligatorische Menschenrechtskurse für Niederlassungswillige. Eine Integration ist nur möglich, wenn die grundlegenden Werte eines Landes akzeptiert werden. Leider wurde das Postulat vom Nationalrat abgelehnt.

Für die CVP können die Herausforderungen und Probleme unserer Gesellschaft nur bewältigt werden, wenn ein stabiles Fundament von Grundrechten vorhanden ist. Neben den Familien und der Schule stehen auch alle staatlichen Ebenen in der Pflicht. Der schweizerische Lehrerverband hat die Zeichen der Zeit erkannt, das Parlament und andere politische Kräfte noch nicht.

**Kirchenfeste sollen in Walliser Schulen gefeiert werden und der Religionsunterricht gehört in die Walliser Schulen. Die CVPO steht zu den Grundwerten der abendländischen Kultur und wird sich für diese auch in weiteren Vorstössen einsetzen.**

---